

ESG, die woke Schattenregierung der Milliardäre

geschrieben von Admin | 19. März 2024

Edgar L. Gärtner

Unter dem Titel „*ESG – Elitists' Shadow Government. Wie abseits von demokratisch beschlossenen Gesetzen der europäische Bürger mittels ESG-Vorgaben umerzogen werden soll.*“ luden die beiden österreichischen Europa-Abgeordneten der ID-Fraktion Roman Haider und Harald Vilimsky am 13. März zu einer gut besuchten Podiumsdiskussion ins Straßburger EU-Parlament. Neben den genannten Gastgebern saßen auf dem Podium Dr. James Taylor, der Direktor des Chicagoer Heartland Instituts, der kalifornische Journalist und Autor Jordan Schachtel sowie meine Wenigkeit, weil ich mich durch einen viel beachteten Beitrag bei EIKE sozusagen selbst für eine solche Verwendung empfohlen hatte. Gerade weil die drei Buchstaben ESG der breiten Öffentlichkeit wenig bis nichts sagen, hält James Taylor die dahinter stehende politische und ökonomische Strategie für die derzeit größte Bedrohung der uns noch verbliebenen Freiheit. Die beiden einladenden MEPs, schlossen sich, was nicht überraschend ist, dieser Diagnose an.

ESG steht für „Environmental, Social, Governance“, d.h. für Umweltschutz-, Sozial- und Unternehmensführungs-Kriterien für die Bewertung der angenommenen Nachhaltigkeit von Kapitalinvestitionen. Die großen internationalen Vermögensverwaltungs-Gesellschaften BlackRock, State Street und Vanguard, die zusammen über Zig Billionen Dollar Gelder von kleinen und mittleren Anlegern gebieten, können damit Investitionslenkung gemäß ideologischer Vorgaben betreiben. Damit aber verletzen sie in vielen Fällen die Treuepflicht gegenüber ihren Anlegern, denn diese sind an einer Maximierung der Wertschöpfung und einem entsprechenden Wachstum der Börsenkurse interessiert. Die zahlreichen Firmen, an denen BlackRock und seine Wettbewerber als Großaktionäre beteiligt sind, können ihrerseits die Wertschöpfung nur steigern, indem sie ihre Kunden mit qualitativ hochwertigen Produkten und Dienstleistungen zufrieden stellen.

Doch die Kundenzufriedenheit rangiert in den zwischen den großen Vermögensverwaltern, staatlich besoldeten Wissenschaftlern und einer unübersichtlichen Zahl grüner NGOs ausgehandelten Nachhaltigkeitskriterien des „Stakeholder-Kapitalismus“ bei weitem nicht an erster Stelle. Ganz oben rangiert der „Klimaschutz“, der beinahe ausschließlich am Niveau des CO₂-Ausstoßes festgemacht wird. Das kann dem eigentlichen Geschäftszweck der einem ESG-Management-System unterworfenen Firmen fundamental widersprechen und beschneidet so nicht nur deren wirtschaftliche Freiheit, sondern auch deren Gewinnaussichten. BlackRock fordert zum Beispiel von den Öl- und Gasfirmen wie Exxon und

Chevron, an denen er als Großaktionär beteiligt ist, die Reduktion ihrer Förderaktivitäten. Jordan Schachtel schilderte, wie große Teile der Wirtschaft mithilfe „Wokeness-“ und ESG-Kriterien wie „Carbon-free“, „Net Zero“, „Diversity“ und „LGBTQ+-friendly“ auf den Weg zu einer „Green Transition“ gebracht werden sollen. James Taylor wies darauf hin, dass viele der mittelständischen Firmen, auf die der Schiefergas-Boom in den USA zurückgeht, auf Druck von BlackRock oder State Street schon jetzt keine Versicherer mehr finden.

Ich selbst wies darauf hin, dass das bereits in den 1990er Jahren gestartete Social- und Environmental Reporting zunächst freiwillig blieb und somit der Profilierung einer Firma gegenüber Wettbewerbern dienen konnte. (Ich habe damals selbst für eine Reihe von Industrie- und Finanz-Unternehmen Umweltbilanzierungen begleitet und Umweltberichte geschrieben, was für mich als Ökologen ein willkommenes Zubrot war.) Inzwischen ist ESG in Verbindung mit einer entsprechenden Zertifizierung zur Pflicht geworden und stellt für die teilnehmenden Firmen lediglich einen Kostenfaktor dar, dem kein sichtbarer Nutzen gegenüber steht. Darunter leiden vor allem kleine und mittlere Unternehmen (KMU), bei denen diese Kosten im Vergleich zum bescheidenen Umsatz viel stärker zu Buche schlagen als bei den Großen. Mit diesen können die Kleinen aber ohne ESG-Zertifizierung gar nicht mehr ins Geschäft kommen.

Da die Vorgaben und Normen des ESG-Reporting auf einem intransparenten Aushandlungsprozess zwischen staatlichen Bürokratien, Konzernverwaltungen und die Interessen kleiner Minderheiten vertretenden NGOs beruhen, kommt es leicht zu einer ungesunden Symbiose zwischen diesen Akteuren. So sorgt ESG trotz des dort verlangten Bekenntnisses zur „Diversity“ für eine nie dagewesene bürokratische Gleichschaltung des Wirtschaftslebens. Der Korridor des Sag- und Machbaren wird immer enger. Alle Unternehmen müssen tendenziell dem gleichen Geschäftsmodell und der gleichen Risikobewertung folgen. Da aber die größten Risiken erfahrungsgemäß von Dingen ausgehen, die kaum jemand im Blick hat, drohen auf diese Weise ganze Volkswirtschaften an die Wand gefahren zu werden.

Ich wurde auch gefragt, ob ich einen Zusammenhang zwischen ESG und dem Untergang der Schweizer Großbank Crédit Suisse sehe. Ich konnte diese Frage nur bejahen, zumal sich die Bank in ihrer Öffentlichkeitsarbeit selbst damit gebrüstet hat, dass in den letzten Jahren mehrere Tausend Führungsverantwortliche Schulungen zum Thema „Führung und Inklusion“ besucht haben und 6000 Mitarbeiter als „LGBTQ+-Allys“ aktiv waren. Ob das den Absturz des einstigen Schweizer Nationalheiligtums beschleunigt hat, lässt sich freilich nicht formell beweisen. Aber man kann davon ausgehen, dass die Zeit, die hier in postmoderne Aktivitäten investiert wurde, für die Bewertung der Rentabilität von Investitionen und der Seriosität von Kreditanträgen fehlte.

In letzter Zeit ist der vor allem vom „World Economic Forum“ (WEF) in Davos gepredigte feudal-kommunistische „Stakeholder-Kapitalismus“ in den

USA und in anderen Teilen des „Westens“ selbst nicht ohne Grund unter wachsenden Beschuss geraten. Die „Neue Zürcher Zeitung“ (NZZ) brachte schon im Juli 2022 ein Interview mit dem erfolgreichen indisch-stämmigen Unternehmer und „Wokeness“-Kritiker Vivek Ramaswamy (Autor des Bestsellers „Woke, Inc: Inside Corporate America’s Social Justice Scam“ und Gründer der neuen Vermögensverwaltungs-Firma „Strive“). Dieser fordert dort einen „Exzellenz-Kapitalismus“ anstelle des „Stakeholder-Kapitalismus“: *„Der Kunde ist wichtiger als alle anderen Stakeholder. Der Exzellenz-Kapitalismus bietet den Führungskräften insofern einen klaren Nordstern und Orientierung, wie sie die konkurrierenden Interessen priorisieren sollen.“* Mitte Februar 2024 zogen BlackRock, State Street und die Investment-Bank JPMorgan Chase zusammen etwa 16 Billionen US-Dollar aus dem ESG-Pakt „Climate Action 100+“ ab.

Ob das ein Signal für den begonnenen Bedeutungsverlust von ESG und die Rückkehr zu verlässlichen Methoden der Wirtschaftlichkeitsberechnung ist, lässt sich derzeit noch nicht mit Gewissheit sagen. Vermutlich geht es zunächst darum, Investitionsmittel in den Rüstungssektor umzuleiten. In Frankreich spielt Wirtschafts- und Finanzminister Bruno Le Maire bereits mit dem Gedanken, die Hand auf die dort noch immer beliebten Sparbücher (Livret A) zu legen, um die von Staatspräsident Emmanuel Macron angemahnte bzw. angedrohte Entsendung von Bodentruppen in die Ukraine zu finanzieren. Der mit dem subventionierten Sparbuch verbundene kleingedruckte Vertrag gibt ihm das Recht dazu.